

HOCHSCHULSPIEGEL

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE KARL-MARX-STADT

Nr. 2

Januar 1968

Preis 10 Pfennig

In dieser Ausgabe

Seite 3:

Wie weit sind wir mit der Einführung der Datenverarbeitung in die Grundausbildung der Studenten?
Raubzug der Bonner Haie

Wie überall in diesen Tagen der Vorbereitung und Durchführung der Parteiwahlen in den Grundorganisationen steht auch an unserer Hochschule der Brief Walter Ulbrichts im Mittelpunkt der Diskussionen. Wie wesentliches nachstehend erste Meinungen von Genossen unserer Grundorganisationen.

Redaktion

Genossen der Arbeitsgemeinschaft Datenverarbeitung:

Die Arbeitsgemeinschaft Datenverarbeitung hat sich mit dem Brief des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht, an die Grundorganisationen befaßt. Die unversenden Genossen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, Prof. Dr. Weichni, Prof. Dr. Kuhnert, Prof. Dr. Martini und Dr. Bürger nehmen dem Brief zum Anlaß, die bereits eingeleiteten Maßnahmen noch vertieft und gründlicher zu vertiefen, ein geschlossenes System der Ausbildung (Grund-, Fach- und Spezialausbildung) auf dem Gebiet der Datenverarbeitung in unserer Hochschule zu schaffen, in das alle Studenten der verschiedenen Fachrichtungen einbezogen werden, und die Grundlagen für die postgraduale Weiterbildung von in der Praxis tätigen Kadern auf diesem Gebiet aufzubauen. Durch die weitere Koordinierung der Forschungskapazität auf dem Gebiet der Organisation und Technik der Datenverarbeitung über Institut- und Fakultätsgrenzen hinaus soll eine weitere Konzentration und damit größerer wissenschaftlich-technischer Vorlauf erreicht werden.

Brief Walter Ulbrichts gibt Orientierung für Parteiwahlen

Meinungen aus unseren Grundorganisationen

Genosse Helmut Beger, Mitglied der Parteileitung an der Fakultät für Maschinenbau:

Der Brief des Genossen Walter Ulbricht an die Grundorganisationen ist eine wertvolle Hilfe für die weitere Verbesserung unserer Parteiarbeit. Er zeigt uns die wachsende Bedeutung, die den Grundorganisationen bei der Konsequenz, zielstrebigem Verwirklichung unserer marxistisch-leninistischen Politik zukommt. In den Berichtswahlversammlungen werden wir dabei besonders die Frage beantworten müssen, wie die Mitglieder und Kandidaten unserer FPO ihre Pflicht als Genossen erfüllen, wie sie es verstanden und weiter dazu beitragen wollen, die Aufgaben der Profilierung unserer Hochschule in Ausbildung, Erziehung und Forschung im eigenen Arbeitsbereich vor allem durch die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zu lösen.

Eine Grundbedingung für die wirksame Arbeit eines jeden Genossen ist seine politische und fachliche Qualifizierung. Genosse Walter Ulbricht betont, daß es die Aufgabe der Parteiorganisation ist, das sozialistische Lebensprin-

zip ständigen Lernens durchzusetzen. Die ständige geistliche und fachliche Weiterbildung ist ein zwingendes Erfordernis der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus.

In den Mitgliederversammlungen werden wir deshalb prüfen, wie die Genossen gerüstet sind, die marxistisch-leninistische Theorie zu beherrschen und in ihrer Arbeit schöpferisch anzuwenden, wie sie befähigt sind, die politischen, ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Fragen, die im Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus in der DDR und in der Klassenauseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus vor uns stehen, in ihrer Komplexität und im Zusammenhang zu erkennen, klären zu helfen, und entsprechende Schlussfolgerungen für ihre eigene politische und fachliche Wirksamkeit zu ziehen.

Neben dem gründlichen Studium des Marxismus-Leninismus müssen wir die im Kampf um die Lösung unserer Aufgaben gesam-

elten Erfahrungen und erzielten guten Ergebnisse stärker verallgemeinern und für die sozialistische Bewußtseinsbildung nutzen. So sind zum Beispiel die Erfahrungen bei der Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit innerhalb und zwischen den Instituten, die Erfahrungen bei der klassenmäßigen Erziehung und Ausbildung, wie auch die Erfahrungen aus der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den Genossen und den Parteilosen bei der Lösung der Aufgaben unserer Fakultät stärker in den Prozeß der sozialistischen Bewußtseinsbildung einzubringen. Das erfordert besonders von den leitenden Genossen, ihre Tätigkeit als Leiter von Kollektiven mit größtmöglicher Überzeugungskraft auszuüben, Initiative in der Arbeit zu entwickeln und neue Formen und Methoden der Leitung zu entwickeln, um in ihrem Bereich echte sozialistische Beziehungen herzustellen.

Gehen wir in den Berichtswahlversammlungen vom Geist und Inhalt des Briefes des Genossen Walter Ulbricht aus, stellen wir alle Fragen offen und beurteilen

und diskutieren sie vom Standpunkt der Beschlüsse des VII. Parteitages. Damit werden wir die Kampfkraft und Autorität unserer Parteiorganisation weiter stärken und die Voraussetzung schaffen, gemeinsam mit allen Fakultätsangehörigen unsere Aufgaben noch besser zu lösen.

Genosse Prof. Dr. Janowitz, Parteigruppe des Instituts für Technologie des Maschinenbaus:

Der Brief des Genossen Walter Ulbricht hat in unserem Institut eine neue Initiative ausgelöst. Wir haben uns bereits Gedanken gemacht, wie wir die darin enthaltenen Hinweise verwirklichen können. Einige unserer Schlussfolgerungen sind:

- Aktive Mitarbeit bei der Profilierung der Fakultät, insbesondere beim Ausbau und bei der weiteren Entwicklung der strukturbestimmenden Section Fertigungstechnik und -organisation.

- Beschleunigter Ausbau des neuen geschlossenen Systems der Ausbildung, das es gestattet, in kürzester Zeit als bisher die Industrie Diplomingenieure zur Verfügung zu stellen, die die modernsten technologischen Prozesse beherrschen und die fortgeschrittenste Organisations-technik anwenden können.

- Konzentration unserer Kräfte auf die Komplexforschung in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit, welche die Voraussetzung für echte Pioneerleistungen im Kampf um den wissenschaftlichen Vorlauf ist.

Dem Neozitismus in Westdeutschland Einhalt gebieten!

Von Harald Reinhard

In der Erklärung der Regierung der Sowjetunion an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik ist unmissverständlich die Forderung enthalten, entsprechend den Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens dafür zu sorgen, daß Neozitismus und Militarismus in Westdeutschland verschwinden. Gleichzeitig wird sehr eindeutig nachgewiesen, daß es sich bei Neozitismus und Militarismus um keine zufälligen

Phänomene handelt, sondern um eine gezielte, systematische Politik des Bonner Staates, die auf die Wiederherstellung der alten deutschen Weltmacht abzielt.

Ein unfreiwilliges Eingeständnis dieser Tatsache liefert die Bonner Antwort an die Regierung der Sowjetunion. Die von der Sowjetregierung geschilderten ersten Tatsachen werden nicht in Abrede gestellt, aber die notwendigen Warnungen bezeichnet man als "eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten". Damit werden Neozitismus und Militarismus als eine innere, eigene Angelegenheit betrachtet, vor die sich die regierenden Kräfte in Bonn schuldig zu stellen als eine Verpflichtung ansehen.

In der Tat bestätigen in jüngster Zeit die Meldungen der Presse genau diese Tatsachen. So schickte die neozitische NP in Schleswig-Holstein aus Steuermitteln der Landeswahlkampfkostenunterstützung von 184 000 DM, in der gleichen Meldung finden wir die nicht zum ersten Mal ausgesprochene Bemerkung des westdeutschen Innenministers Lübke, daß er es ablehne, die NP zu verbieten. Der westdeutsche Staatssekretär Diehl erklärte, "die Bonner Parteien seien nicht gewillt, sich mit der NP auseinanderzusetzen. Wenn das den Einzug dieser Partei in den Bundestag zur Folge habe, so sei man bereit, dies in Kauf zu nehmen".

Wie sehr sich die NP ihrer Sache und der Unterstützung durch die Bonner Regierung sicher fühlt, das beweist die Meldung des "Neuen Deutschlands" vom 17. Januar 1968. In einem offenen Brief fordert der Bundesvorstand der westdeutschen Neozitisten die Regierung Kiesinger/Ströuß/Wegner auf, die Rechtmäßigkeit der Partei doch prüfen zu lassen, um die Heillosigkeit der gegen die gerichteten Anschuldigungen und Unterstellungen beweisen zu können.

Die Bonner Regierung hält eine solche Überprüfung natürlich nicht für notwendig und lehnt sie ab. Damit aber werden die Umtriebe des Neozitismus von der Bonner Regierung als "verfassungsmäßig" anerkannt. Dieser gute Einblick der zwischen der Führungsspitze in Bonn und den Neozitisten besteht. Inse sich durch viele andere Beispiele nachweisen. So kann sich Adolf von Thadden rühmen, über genügend Geld



Freude über erfolgreiche Arbeit.

Ehrenurkunden und Prämien erhielten 43 Studentinnen und Studenten für die guten bis ausgezeichneten Jahresarbeiten, die sie 1967 im Rahmen der Forschungsgruppe "Beziehungen des Karl-Marx-Städter Werkzeugmaschinenbaus mit der Sowjetunion" der Abteilung Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung am Institut für Marxismus-Leninismus schrieben. Davon erlangten insgesamt 11 Teilnehmer 1. Plätze. Die Auszeichnung erfolgte in einer Veranstaltung des Instituts für Marxismus-Leninismus am 13. Januar, der als Gäste u. a. der Sekretär der HPI,

Genosse Hans Ille, und der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, Genosse Dr. Meiner, teilnahmen.

In einer kurzen Ansprache hob der Leiter der Abteilung Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Genosse Dr. Hans Münch, noch einmal die große Bedeutung der Teilnahme der Studenten an dieser Forschungsarbeit hervor, die zu Ehren des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution so erfolgreich durchgeführt werden konnte. Den Nutzen, so erklärte er dabei,

(Fortsetzung auf Seite 2)

Um viele Erfahrungen reicher geworden

Für die Einbeziehung in die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit der Studenten des 1. Studienjahres gab die Abteilung Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung des Instituts für Marxismus-Leninismus ein sehr gutes Beispiel. Wie berichtet darüber bereits ausführlich in unserer Ausgabe Nr. 11/22 1967.

In dem nachstehenden Beitrag kommt nun einer der Studenten selbst zu Wort, die an dieser Forschungsarbeit zu Ehren des 50. Jahrestages des Roten Oktober teilnahmen. Es ist der Student Ernst Wandke, von der Studienrichtung Fertigungsgestaltung (60/51), der gemeinsam mit der Studentin Maria Rosenbaum (50/7 Ingenieur-Plastik) eine hervorragende Arbeit über "Die Einführung sowjetischer Neuerermethoden im VEB Schleifmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt" schrieb. Diese Arbeit wurde von der Jury des internationalen Studentenwettbewerbs der UdSSR mit einer Medaille ausgezeichnet und erhielt einen 1. Preis unseres Instituts für Marxismus-Leninismus. Jugendleiter Wandke schreibt:

Am 19. Dezember 1967 berichtete "Neues Deutschland" in einem kurzen Artikel über die Rückkehr einer Delegation von Studenten der DDR aus Moskau und Leningrad. Diese Studentengruppe, zu der auch ich gehörte, hatte als offizielle Delegation des Ministeriums für das Hochschul- und Fachschulwesen der DDR in der UdSSR an der Abschlusskonferenz des Allunionswettbewerbs der Studenten zu Ehren des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution teilgenommen.

Unsere Delegation bestand - neben zwei Betreuern - aus den besten Autoren bzw. Vertretern der besten Autorenkollektive der zu diesem internationalen Wettbewerb von DDR-Studenten eingereichten Arbeiten.

Über die von Studenten des 1. Studienjahres unserer TH angefertigten Jahresarbeiten über Thomas zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in deren Rahmen auch die von der Studentin Maria Rosenbaum und mir gemeinsam gefertigte Arbeit entstand, wurde bereits mehrmals in unserer Hochschulzeitung berichtet. Dennoch möchte ich hier noch einmal darüber schreiben, um eigene Erfahrungen darzulegen, zugleich aber auch darüber zu berichten,

was unsere Delegation über den Studentenwettbewerb in der Sowjetunion erfuhr.

Zunächst möchte ich sagen: Als wir vor einem Jahr mit unserer Arbeit begannen, hatten wir gewiß nicht daran gedacht, daß wir in ihrem Ergebnis einmal eine so hohe Anerkennung dafür erhalten würden, wie sie die Auszeichnung im internationalen Wettbewerb der UdSSR und die damit verbundene Reise in das Land des Roten Oktober darstellte.

Die gute Anleitung durch den Genossen Herbert Süße, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus, ermöglichte uns einen guten Start bei unserer Arbeit im VEB Schleifmaschinenwerk. Hier nahmen wir vor allem Kontakt mit der Betriebsparteiorganisation auf, die unser Vorhaben aktiv unterstützte. Ein Sekretär der Betriebsparteileitung übernahm sogar persönlich die Betreuung, was für uns eine große Hilfe bedeutete.

Die Genossen gaben uns viele wertvolle Hinweise, beispielsweise darüber, welche Betriebsangehörigen uns zu diesem oder jenem Problem Angaben machen konnten. Sie besprachen mit uns aber auch Fragen

(Fortsetzung auf Seite 2)